

CHRONIK DER ZEIT

STURMZONE VORDERER ORIENT

Die Wetterwolken über dem Mittelmeer und dem Nahen Orient haben sich noch nicht verzogen. Der große Landgürtel von den Grenzen Indiens bis Gibraltar, einst das Flußbett für die islamische Eroberung, bleibt ein internationaler Krisenherd allerersten Ranges. Soziale und wirtschaftliche Spannungen vereinigen sich auf die gefährlichste Art und Weise mit den Gegensätzen der Weltmächtepolitik, sich aneinander vergiftend und entzündend. Der ganze Raum gehört zu den zurückgebliebenen Gebieten der Erde. Die Orgien des Spekulations- und Wucherkapitalismus, das Fehlen des modernen Industrialismus, die Massenverelendung, die politische Korruption, Analphabetismus, alle diese Dinge geben diesem Schicksalsraum das Gepräge. Es ist daher auch ein machtloser Raum. Alle unsere gegenwärtige und auch soziale Politik steht unter dem Gesetz, daß nationale und staatliche Macht auf dem Schlamm sozialer und wirtschaftlicher Zersetzung nicht aufzubauen ist. Nur Industrienationen mit einer gefestigten sozialen Ordnung können heute in der Weltpolitik mitspielen. Deshalb ist und bleibt die Weltpolitik ein soziales Thema und die Sozialpolitik ein Anliegen der internationalen Politik.

Loch des Westens

Als ein sozial und wirtschaftlich kranker Raum ist das Gebiet des Mittelmeers und des vorderen Orients ein machtpolitisches Vakuum. Der englische Militärschriftsteller Liddle Hart, kein offizieller Sprecher Englands, aber doch von einem großen Einfluß auf die außenpolitischen Vorstellungen der englischen Öffentlichkeit, entwirft in der „Daily Mail“ ein sehr düsteres Bild von den Möglichkeiten westlicher Verteidigung im Mittelmeer. Diese Möglichkeit ist seiner Ansicht nach fast Null; der einzig mögliche Plan sei die Zerstörung der Verbindungswege in dem iranischen Massiv, die Schaffung einer Wüstenzone zwischen den westlichen Verteidigern und dem Angreifer und die Besetzung der Küstenzone des Mittelmeers. Der Plan Liddle Harts sieht so im Grunde die Preisgabe Persiens und des Iraks und die Besetzung des Libanons, Syriens und Transjordanens vor.

Im Lichte solcher Überlegungen bekommen die militärischen Verhandlungen der Amerikaner in Spanien eine doppelt unbehagliche Note. Man könnte fürchten, daß Spa-

nien als letzte Zuflucht gedacht ist, als Brückenkopf, von dem aus die Befreiung der Nationen erfolgen soll, die im ungünstigen Falle in der Flut der östlichen Eroberung versinken.

Ölbrand in Persien

Als die britisch-persischen Spannungen an dem Punkt waren, eine weltpolitische Gefahr zu werden, schickte Präsident Truman seinen Sonderbotschafter Harriman nach Teheran, um dort einen Ausgleich zu versuchen. Die Engländer, in Formfragen nie störrisch, entsandten eine Delegation unter der Führung von Lordsiegelbewahrer Stokes, dem englischen Rohstoffminister, nach Teheran, um über die verfahrenere Situation noch einmal zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind wieder gescheitert. Woran sie eigentlich gescheitert sind, ist ziemlich schwer zu sagen. Sehr grob zusammengefaßt Hefen die britischen Vorschläge wohl darauf hinaus, die Verstaatlichung der Ölquellen grundsätzlich anzuerkennen, die finanziellen Erträge des persischen Staates aus den Ölquellen fühlbar zu erhöhen, die technisch-organisatorische Kontrolle der anglo-iranischen Ölwirtschaft aber im wesentlichen bestehen zu lassen und die Gesellschaft als Organismus und Apparat nicht aufzulösen. Die Regelung hätte wahrscheinlich dem wohlverstandenen Interesse Persiens entsprochen, das noch kaum in der Lage ist, den technischen Betrieb der Ölquellen und den Abtransport des Öles durchzuführen.

Die Situation ist auf der einen Seite grotesk einfach und auf der anderen grotesk widersinnig. Sie ist grotesk einfach insofern, als die Tage des Kolonialkapitalismus gezählt sind und das britische Reich in der gegenwärtigen Weltlage und in seinem gegenwärtigen Zustand keinerlei Möglichkeit und Machtmittel besitzt, seine Konzession in Persien zu verteidigen. Militärische Maßnahmen gegen Persien grenzen an das Selbstmörderische und sind vielleicht soviel wie der Stich der Wespe, durch den sie selbst ihren Tod herbeiführt, indem sie wehtut. Die Situation ist grotesk widersinnig insofern, als die westliche Welt sehr schwer ohne das persische Öl leben kann und Persien für eine sehr lange Übergangszeit das Öl, das seinen Hauptreichtum darstellt, nicht ohne die technischen Dienste des westlichen Kapitalismus fördern und nutzbar machen kann. Es ist nun die Frage des Augenblicks, wie lange die Ölquellen nicht mehr fließen werden, ob es Persien gelingt, ausländische

Techniker in ausreichender Zahl zu rekrutieren, oder ob es seinerseits einen Wespennest tat, nämlich die russische Hilfe anruft. Bisher wurde sehr plausibel von persischer Seite gesagt, daß allein die Nationalisierung der Ölquellen dem sowjetischen Versuch Einhalt gebieten könne, durch Konzessionen in Persien Fuß zu fassen. Was den Briten recht ist, muß auch den Bussen billig sein. Wenn es aber ausländische Konzessionen in Persien überhaupt nicht gibt, dann ist die Antwort auf eine sowjetische Forderung nach Ölkonzessionen immer sehr leicht.

Die Lage erscheint wie vom Teufel für die Entfesselung eines dritten Weltkrieges erfunden zu sein. Niemand weiß, was geschehen wird. Aber es ist jedenfalls eine Lage, in der die kleinsten Zufälle ein unabsehbares Unglück herbeiführen können. Ein winziges Streichholz kann einen Ölbrand der schlimmsten Art herbeiführen.

Schatten über dem Suezkanal

Seit Jahrzehnten bäumt sich Ägypten gegen die Überreste des englischen Protektorates auf. Seit Jahren verlangt es den Abzug der britischen Besatzung; ohne Unterlaß fordert es die Übereignung des Sudans, wo sich England verschanzt hat. Der Sudan stellt die Kommandohöhe im ägyptischen Raum dar; im Sudan liegen die Stauwerke, die den Nilstrom regulieren, der Ägyptens Leben und Verderben ist. In den Verträgen von einst wurde zwar die gemeinsame Souveränität Ägyptens und Großbritanniens über den Sudan festgelegt. Aber regiert wurde das Sudangebiet allein von England. Über Ägypten selbst hat das britische Reich immer nur eine lockere Herrschaft ausgeübt und sich auf die militärische Sicherung des Gebietes beschränkt. Ägypten hat für England nur ein Interesse, das Suezkanal heißt. England sucht dort eine Straße und nicht mehr. Anders war es mit dem Sudan. Hier hat England wahrhaft regiert, weitgehend Verantwortungen übernommen, die Baumwollindustrie entwickelt, die eingeborene Bevölkerung, die ganz und gar nicht ägyptisch ist, unter seinen Schutz gestellt und neben vielen Mißgriffen im Großen gesehen doch ein wohlthätiges Regiment im Lande ausgeübt. Auch wenn England damit seinen eigenen Einfluß behaupten will, so ist die Behauptung doch wohl sicher richtig, daß die Sudanesen die ägyptische Herrschaft nicht wollen. Die Ägypter werden für die sudanesischen Massen sicher keine milderen Herren sein als die jetzigen. Ägypten aber proklamiert laut die Einheit des Nilgebietes. Es ist eine Frage von großer nationaler und sozialer Bedeutung, wie dieser Kampf um das Sudangebiet ausgehen wird.

Die Frage der Räumung des Gebietes des Suezkanals durch die englischen Truppen ist

weniger schwierig. Hier werden sich sicher Möglichkeiten zu Kompromissen bieten.

Ägypten sieht nun die Stunde gekommen, seine Forderungen mit allem Nachdruck zu erheben. Es droht, den Bündnisvertrag mit dem britischen Reich zu zerreißen. Die Hilfe der Völker des Vorderen Orients ist heute teuer geworden, seit sie nicht mehr gezwungen werden können. Ägypten ist das wichtigste Land der Welt, hat einmal Napoleon gesagt. Heute wissen das auch die Ägypter.

Neue Nation im Werden

England hat jedoch noch einen Pfeil im Köcher. In dem gleichen Ausmaß, wie es unter den arabischen Nationen an Freunden verliert, verlagert es das Schwergewicht nach seinem nordafrikanischen Besatzungsgebiet, nach Libyen. Jungen und werdenden Nationen ist England häufig ein Freund, auch wenn die erwachsenen Schoßkinder nachher nach der streichelnden Hand schlagen. In Libyen wächst anscheinend in der Gußform der englischen Herrschaft eine neue Nation heran, ein Vorgang, der von außergewöhnlichem politischem, nationalem und sozialem Interesse ist. Die Mächte haben zwar vereinbart, daß Libyen ein selbständiger Staat werden soll. Aber noch ist England in dem ehemals italienischen Afrika die Schutzmacht. Es hat den Anschein, als ob ein neues Transjordanien im Entstehen sei, ein arabischer Staat, der militärisch stark durchorganisiert ist und mit seinen englischen Instruktoren sich sehr verbunden weiß. So war es einst mit Transjordanien, das durch den Englandfreund Abdullah regiert und durch die islamische Legion von Glubb Pascha (einem arabisierten Engländer) zu einem militärischen Faktor gemacht wurde. „Le Monde“, die führende Pariser Zeitung, die häufig als Sprachrohr des Quai d'Orsay dient, schreibt ziemlich erobert darüber: „Alles ist bereit, um aus Libyen ein neues Jordanien zu machen: Arabische Legion, aufgestellt und ausgebildet durch die Schüler von Glubb Pascha, Radiostationen, kommandierte Presse, Nomadenstämme, die die Rolle der drusischen Guerillas spielen . . . Drei Viertel der libyschen Verwaltung stammt aus der früheren Mandatsverwaltung Palästinas und Transjordanien.“ Frankreich aber fürchtet ein Übergreifen dieser arabischen Bewegung von Libyen nach Französisch-Nordafrika.

Das ergibt einen sehr sprechenden Hintergrund für die Forderung Frankreichs, man möge den italienischen Friedensvertrag baldmöglichst revidieren. Die beiden angelsächsischen Nationen haben es nicht so eilig damit. Die USA haben auf Jugoslawien Rücksicht zu nehmen, das in steigendem Maße, ähnlich wie Spanien, das Herz der

amerikanischen Militärs erfreut. England hat Angst um Libyen, Italien aber steht — und hier schließt sich die Kette der Überlegungen — inmitten einer sozialen Krise und hat einen Menschenüberschuß von vielen Millionen, den zu absorbieren weder die Industrialisierung noch die Bodenreform in ihrer augenblicklichen Gestalt vermögen. Es müssen noch sehr viele Schlachten an der sozialen Front gewonnen werden, bevor an die Verteidigung des Mittelmeerraumes gedacht werden kann.

FRANZÖSISCHE POLITIK IM BANNE DES GESTERN

Die Parteien, die im Augenblick die französische Demokratie tragen, sind durch die letzten Wahlen auf engen Raum zusammengedrängt worden. Die staatstragenden Kräfte sind nicht unwesentlich geschwächt worden. Die soziale Front ist dadurch zerrissen, daß ein erheblicher Teil der Gewerkschaften von den Kommunisten beherrscht und fremden Zwecken dienstbar gemacht wird. Die französische Arbeiterschaft begibt sich dadurch freiwillig eines großen Teiles ihres politischen Einflusses.

Das Gewicht der aufbauenden Kräfte in Frankreich aber wird noch zusätzlich durch den Streit um die Unterstützung der nicht-staatlichen Schulen vermindert. Dringende soziale Probleme stehen vor der französischen Politik. Entscheidungen über wesentliche wirtschaftliche Fragen sind fällig. Die Weltpolitik durchläuft ängstliche Wochen und Frankreichs unsichere innere Lage erschwert manches weltpolitische Gespräch. Aber Frankreich befindet sich — trotz der Bildung der Regierung Plevén — in einer schleichenden Regierungskrise, weil Sozialisten und Radikalsozialisten auf der einen Seite und die katholischen Volksrepublikaner auf der anderen Seite sich nicht über die Zuschüsse für die sogenannten freien Schulen einigen können. Die Ecoles libres werden nicht vom Staate unterhalten, sie sind zumeist konfessionelle Schulen. In diese Schulen gehen heute etwa 30 vH der französischen Schüler. Sie spielen eine geringe Rolle in den Großstädten, wo diese Schulen nur etwa 10 vH der französischen Schuljugend umfassen, eine größere dagegen in ausgesprochen katholischen Gegenden, wie der Bretagne und der Vendée, wo die Mehrzahl der französischen Jugend die Ausbildung in den Konfessionsschulen erhält. Besonders die Sozialisten aber sind auf die staatlichen Schulen, und auf die „Laizität“ eingeschworen. „Wir werden“, hat am Anfang des Jahrhunderts Jules Combes im Namen der französischen Linken gesagt, „die Lichter am Himmel auslöschen.“ Heute aber zerreißen solche Ideale die ohnehin allzu schwache soziale und demokratische

Front. Kennzeichnenderweise haben gerade die christlichen Gewerkschaften sehr positive Vermittlungsvorschläge gemacht. Diese zielen darauf ab, das notwendige Mindestmaß an staatlicher Kontrolle aufrecht zu erhalten, ohne aus der Laizität ein Dogma und einen Kult zu machen. Die sozialen und politischen Notwendigkeiten Europas gebieten, daß Frankreich sich nicht in ein unfruchtbares Entweder-Oder in der Schulfrage verrennt und nicht seine wahren Aufgaben durch Streitfragen von gestern vergißt.

JAPAN ZWISCHEN WIEDERAUF-RÜSTUNG UND SOZIALER FRAGE

Der Friedensvertrag mit Japan wurde auf der Friedenskonferenz in San Franzisko am 8. September von 48 Nationen und Japan unterzeichnet. Nicht unterzeichnet wurde der Vertrag von der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei. Die amerikanischen Besatzungstruppen werden 90 Tage nach der Ratifizierung des Vertrages abgezogen. Ein ebenfalls in San Franzisko unterzeichneter amerikanisch-japanischer Sicherheitsvertrag gibt den USA das Recht, Land-, Luft- und Seestreitkräfte in und um Japan zu stationieren.

Der Vertrag wird als ein milder Frieden gerühmt. Außer den sehr harten territorialen Bedingungen erhält Japan weitgehend seine Souveränitätsrechte zurück. Die Beschränkungen der Industrie fallen. Es fehlt ein Verbot, eine Armee zu unterhalten. Japan erlangt durch den Vertragsentwurf grundsätzlich das Recht auf Wiederaufrüstung.

Die amerikanische Besatzungsmacht möchte wohl gern aus diesem Recht eine Pflicht machen. Die Milde des Friedens für Japan geht ja auf die Härte des Kampfes um Asien zurück. Die USA haben einst die Katastrophe von Pearl Harbour auf sich genommen, um China gegen Japan zu stützen. Um der Eroberung Japans in China den Lebensnerv zu durchschneiden, führte Roosevelt praktisch die Wirtschaftsblockade gegen Japan durch. Das japanische Reich schlug dann mit seinem Überfall auf Pearl Harbour militärisch los, um von dem Würgegriff dieser Wirtschaftssperre loszukommen. Um der Unabhängigkeit Chinas willen hat so Amerika einen Weltkrieg auf sich genommen. Heute aber steht China auf der anderen Seite der Blockade, verloren an den großen Widersacher der USA. Der Feind von gestern aber ist der Freund von heute. In den Träumen Amerikas spielt Japan die Rolle einer Bastion der freiheitlichen Welt vor dem Festland des roten Asiens.

Der japanischen Staatsführung aber ist eine ungeheure Verantwortung aufgebürdet. Das Land hat große Zerstörungen erfahren. Das soziale Elend ist so groß wie nur je in der japanischen Geschichte. Die Frage der

japanischen Existenz ist um Welten von der Lösung entfernt. Das überbevölkerte Land, das von seiner Landwirtschaft nicht ernährt werden kann, hat nur eine Möglichkeit der Existenz, nämlich Industrie für den Export. Aber wo sind die Märkte dafür? Der Weltmachtkampf hat alle wirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen. Eine neue chinesische Mauer ist an der Küste Asiens aufgerichtet worden. „Exportieren oder Explodieren“, das bleibt für Japan Landesgesetz.

Die Wiederaufrüstung aber berührt die gesamte politische und soziale Existenz Japans. Nun hat es Japan besser als Deutschland. Es ist nicht gespalten, und sein Dasein ist nicht so sehr wie das Deutschlands schlechthin vom Ausgang des Weltmachtkampfes abhängig. Vielleicht stellt auch Japan keine solch lockende Beute wie Westdeutschland dar, dessen Besitz den Kampf um Europa und damit vielleicht um die Welt entscheidet. Der japanische Ministerpräsident, Yoshida, der Führer der Sozialdemokratischen Partei in Japan ist, hat einem Korrespondenten gesagt: „Wir sind arm nach dem Kriege. Der Westen ist reicher und den Sowjets näher. Die Einnahme von Tokio ist so viel wie nichts wert. Ein Feldzug zur Eroberung Japans bezahlt sich nicht . . . das Hauptziel für den Kreaml ist der Westen.“

Vielleicht hat Japan in der Tat für seine Entscheidungen länger Zeit als andere Nationen. Aber wie alle anderen Völker hat es die großen sozialpolitischen Entscheidungen gleichzeitig mit den Entschlüssen über die Verteidigung und Außenpolitik zu treffen, die wie bei jeder Nation das Innerste des Daseins berühren. Es gibt zwar keine soziale Politik an Stelle einer Politik der Verteidigung. Vorbildliche Wohnsiedlungen halten Tanks nicht auf und das idealste Mitbestimmungsrecht kann Bomben nicht am Explodieren verhindern. Aber Japan hat es wohl am stärksten von allen Völkern begriffen, daß niemand von Verteidigung reden darf, der nicht bereit ist, ihre sozialen Voraussetzungen und Konsequenzen anzuerkennen.

DIE AUSSENPOLITIK DES BUNDES IN DER KRISE

Niemand in der Bundesrepublik bestreitet, daß die Außen- und Innenpolitik des Bundes sich in einer schweren Krise befindet. Die Kohlenexporte, die Besatzungskosten, die Ablösung der Auslandsschulden, manch bittere Auseinandersetzung über die Unterbringung und die Anlage „von Übungsplätzen, die zwar gedämpft, aber nicht weniger nachdrücklich weitergehenden Auseinandersetzungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag, alle diese Dinge zeigen an, daß die Stunde für eine überlegte und

methodische Neuordnung der Beziehungen zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik einerseits und den sozialen und politischen Faktoren und Parteien unter sich andererseits gekommen ist. Die Politik der Bundesregierung, sich allmählich der Gleichberechtigung anzunähern um den Preis von jeweils großen Opfern und Zugeständnissen, ist durch eine Reihe von sehr spröden Entscheidungen der Alliierten einer schweren Belastungsprobe unterworfen worden. Die bekannte Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gehört zu den Warnungssignalen und deutet darauf hin, daß eine bewußte Egelung und Klärung der Beziehungen zwischen allen Trägern von Macht, Einfluß und Verantwortung im deutschen Raum notwendig ist, sozusagen ein New Deal zwischen allen Partnern des deutschen Schicksals.

Niemand wird vernünftigerweise erwarten, daß dem deutschen Volk — sofern nicht eine radikale Änderung in der Weltlage eintritt — außerordentlich schwere Opfer erspart werden können. Vielleicht werden die Opfer nicht geringer sein, die eine freiwillige Abmachung über den deutschen Verteidigungsbeitrag nach sich ziehen wird, als jene, wie sie die alliierten Entscheidungen auferlegen. Niemand kann billigerweise erwarten, daß das deutsche Volk allein unter den Völkern der Erde — unbelastet von den schrecklichen Notwendigkeiten der Welt-situation — sich ausschließlich der Vervollkommnung seiner sozialen Ordnung widmen darf. Die Deutschen können nicht davon träumen, daß das Weltchicksal sie ausnimmt.

Es mag sein, daß manche der deutschen Proteste allzu unbekümmert klangen und sich als eine Ablehnung jeder Opfer für eine Welt-sache mißdeuten ließen. Aber dieser Eindruck entstand hauptsächlich deswegen, weil alle bitteren Entscheidungen der jüngsten Wochen nicht vereinbart, sondern auferlegt worden sind. Ihr Rechtsgrund ist die Besatzung und nicht ein Entschluß der Bundesrepublik, das Ihre zur gemeinsamen Verteidigung zu tun. Theoretisch könnte die deutsche Bundesrepublik die gesamten Armeen des Atlantikblockes unterhalten müssen, wenn einmal die internationale Lage zu ihrer Konzentrierung im deutschen Raum zwänge. Die Last aber kann nicht danach gemessen werden, ob einer vorn oder hinten steht, sondern danach, was jeder zu tragen vermag. Sie wird auch dann noch groß genug sein und nahezu über die Kräfte gehen. Mag vielleicht auch der soziale Beitrag nicht ausreichen, um das deutsche Volk ganz „u k“ zu stellen, angerechnet werden auf unseren Verteidigungsbeitrag insgesamt muß er doch.

BUCHBESPRECHUNGEN

SCHUMANPLAN

Probleme des Schumanplans. Eine Diskussion zwischen Prof. Dr. Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Prof. Dr. Andreas Predöhl und Prof. Dr. Fritz Baade-Kiel, Kieler Vorträge, Neue Folge, 2, Kiel 1951, 34 S., 2 DM. Die Schrift gibt eine Diskussion wieder, die am 5. Mai 1951 im Rahmen des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel geführt wurde.

Hallstein verweist insbesondere auf den „dynamischen Aspekt“ des Vertrages, der natürlich ein Wagnis enthält, aber wirtschaftlich eine Vergrößerung der Märkte und eine Verbesserung der Arbeitsteilung anstrebt. Die Integration soll allmählich und mit Vorsicht geschehen, aber in Richtung steigender Produktion, steigender Leistung und steigender Lebenshaltung. Nach Hallstein ist die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, wie sie auf Grund des Schumanplans entstehen soll, kein Kartell, sondern ein „Staatenverein“, eine Art Fusion von Wirtschaftsministerien. Predöhl nimmt in seinem Diskussionsbeitrag eine positive Haltung zum Schumanplan ein; er sieht das wichtigste Ziel in einer besseren „ökonomischen Raumordnung“ und ist auch der Meinung, daß mit der Zusammenfassung der Kohle- und Stahlwirtschaft der richtige Ansatzpunkt gefunden, sei.

Baade betont nochmals, daß er der Idee der wirtschaftlichen Einigung Europas „durchaus begeistert zustimme“. Im Schumanplan sieht er aber für die deutsche Wirtschaft sehr schwere Gefahren, insbesondere hinsichtlich der Verbundwirtschaft und der Investitionen sowie hinsichtlich der Aufgabe der „natürlichen Früchte unserer Vorteile in bezug auf die Rohstoffe“.

Die Darlegungen aller Beteiligten in der genannten Veröffentlichung stechen in ihrer sachlichen und fundierten Art vorteilhaft von manchen anderen Diskussionen ab. Sie lassen auch Übereinstimmung im Ansatzpunkt erkennen, nämlich in der Bejahung des europäischen Gedankens und in der Bejahung der Methode der „Teillösungen“. Die Differenzen liegen daher so gut wie ausschließlich in der Beurteilung der Aussichten und der Möglichkeiten für Deutschland. Baades Hinweise auf Verbundwirtschaft und gemeinsamen Kohlenverkauf liegen durchaus auf der Linie, wie sie der Bundesausschuß des DGB schon im Mai dieses Jahres bezogen hat; es ist ja auch be-

kannt, daß die Verhandlungen über den Kohlenverkauf und seine Organisation weiterlaufen. Gleichwohl ist es richtig, zu fordern und eindeutig zu betonen, daß es eine einseitige, diskriminierende Regelung für Deutschland nicht geben darf. „Wenn die Analogie zur Verbundwirtschaft anderer Produzenten in dem Montanraum wirklich schlüssig ist, so ist es infolge der Art, wie dieses Werk instrumentiert ist, völlig sicher, daß auch unserer Industrie die Entwicklung zu einem weiteren Ausbau der Verbundwirtschaft gar nicht versagt werden kann“ (Hallstein).

Wenn Baade freilich für die „natürlichen Früchte“ unserer Rohstoffproduktion fürchtet, so wird man ihm hier nicht ohne weiteres folgen können, sobald man die vor uns liegenden langfristigen Aufgaben der Produktionssteigerung und der Kapazitätsausweitung sieht. Hier liegt ja gerade der entscheidende Ansatzpunkt und auch die Vergemeinsamung der Interessen der Teilnehmerländer.

Und das gleiche gilt für die Frage der Investitionen. Hallstein betont in seinem Schlußwort mit Recht, es sei „in den Verhandlungen wohl hundertmal davon die Rede gewesen, wie groß etwa der Investitionsbedarf der Ruhr sein würde“. Wenn die Hohe Behörde ihre Pflicht tut, wird sie entscheidende Investitionen an der Ruhr ermöglichen müssen. Das ist für das Gebiet der Kohle eindeutig klar. In der Eisenindustrie liegen die Dinge etwas komplizierter. Sowohl Hallstein als auch Baade sehen für die deutsche Stahlindustrie große Möglichkeiten; man wird aber diese etwas globalen Äußerungen differenzieren müssen: Bei Thomasstahl kann sich' auf längere Sicht, wie insbesondere die Untersuchungen von Dr. Wasmuth (Stahltruhändlervereinigung) gezeigt haben, ein gewisser Nachteil für die Ruhr ergeben (weit geringere Kosten Lothringens für Erze). Diesem Nachteil stehen aber Vorteile in der Siemens-Martin-Erzeugung und vor allem in der Weiterverarbeitung (Nähe der Zentren der Maschinenindustrie usw.!) gegenüber, die bei einer wirklich europäischen Standortplanung durchaus zum Tragen kommen können. Französische Äußerungen in gleicher Richtung („Wäre es nicht besser, es den deutschen Fabriken zu überlassen, lothringischen Stahl in Fertigwaren zu verwandeln, denn die deutschen Werke liegen auf dem Wege zwischen Lothringen und den Seehäfen“) bedürfen in diesem Zusammenhang besonderer Beachtung.

Die sozialpolitischen Bestimmungen des Vertrages werden, wie Hallstein richtig sagt, oft übersehen. Sie sind aber vor allem im Hinblick auf die im Bundesrat geäußerten Befürchtungen, der Plan stünde u. U. einer Reform der deutschen Sozialversicherung im Wege, von erhöhtem Interesse. Um so wichtiger ist der Hinweis Hallsteins, die Staaten dürften in Zukunft der Zielsetzung des Vertrages nicht mehr „durch Maßnahmen, die den Abstand der Wettbewerbsbedingungen vergrößern, entgegenarbeiten“. Eine Reform der deutschen Sozialversicherung würde aber gerade in Richtung der Angleichung liegen — denn ihre Kosten erhöhenden Wirkungen würden den Abstand zu den Ländern mit noch höheren Kosten (Belgien, Luxemburg) vermindern helfen!

Zusammenfassend muß man dem Institut für Weltwirtschaft für seine Veröffentlichung Dank sagen. Der Leser wird von den verschiedensten Standpunkten aus in die ökonomischen Zusammenhänge des Plans eingeführt und dürfte auch in der Lage sein, weitere Einzelfragen, die in der Öffentlichkeit nicht immer klar gesehen werden, von sich aus zu klären.

Dr. Rolf Wagenführ

*Fritz W. Meyer/Anton Zottmann:
Der Schumanplan und seine Problematik.* München/Düsseldorf. 38 Seiten.

Die Arbeit will die Grundgedanken und Probleme der geplanten Montanunion diskutieren. Wertvoll ist ein „kurzer Wegweiser durch die Bestimmungen des Vertragsentwurfs“. Die folgende „Auseinandersetzung mit kritischen Stimmen des In- und Auslands“ hätte man sich in einigen Punkten etwas weniger formal gewünscht; das gilt für die Diskussion der Fragen „Verbundwirtschaft“ und „Gemeinsamer Kohlenverkauf“ (S. 31 f). Von besonderer Bedeutung ist der Hinweis auf die Fragen der europäischen Währungseinheit und der Stabilität der Wechselkurse; diese Probleme bedürfen in der Tat dringend einer eingehenden Diskussion.

Dr. R. W.

GEWERKSCHAFTEN UND PRODUKTIVITÄT

Gewerkschaften und Produktivität. Bericht einer Gruppe britischer Gewerkschafts-Funktionäre, Bund-Verlag G.m.b.H. Köln, 1951.

Mit Nachdruck sei das Studium dieser Untersuchung britischer Gewerkschafter über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Produktivität in den USA empfohlen. Sie gewährt uns einen ausge-

zeichneten Überblick über die Formen der Mitarbeit amerikanischer Gewerkschaften bei der Produktivitätssteigerung. Diese Mitarbeit, die bei der Gewerkschaft der Damenkonfektionsarbeiter besonders gründlich entwickelt ist, steht jedoch keineswegs nur im Dienste einer höheren Produktionserzielung, sondern soll vor allem den Lebensstandard der Arbeiter erhöhen. Die Produktivitätsaktivität der amerikanischen Gewerkschaften wird von einer nachdrücklichen Forderung auf höhere Löhne begleitet, wie denn die amerikanische Arbeiterschaft für Produktivitätsfragen nur dann interessiert werden kann, wenn das wirtschaftliche Äquivalent, d. h. eine höhere Entlohnung, binnen kurzem zur Verfügung steht. So gewiß die Tätigkeit der Produktivitätsingenieure der Gewerkschaften dazu geführt hat, daß die Arbeiterschaft den Anforderungen hinsichtlich einer gesteigerten Produktivität heute aufgeschlossen gegenübersteht, so haben die Produktivitätsingenieure doch gleichzeitig nachdrücklich die Versuche des Unternehmertums zurückgewiesen, den Arbeitern einseitige Maßnahmen und eine einseitige Technik aufzutroyieren.

Die britischen Gewerkschafter haben auf ihrer Studienreise — bei aller Bereitschaft, aus den amerikanischen Erfahrungen zu lernen — nichts ohne kritisches Bewußtsein hingenommen. Sie weisen ausdrücklich auf die Grenzen der Übertragbarkeit von Rationalisierungsmaßnahmen in einer Industrie hin, die für einen standardisierten Binnenmarkt von 150 Millionen Menschen arbeitet. Trotzdem haben die amerikanischen Erfahrungen der englischen und europäischen Industrie sehr wichtige Lehren zu vermitteln, wie der vorliegende Bericht bezeugt.

Wenn die Produktivitätssteigerung heute und hier wirklich bis zu den Arbeitern „durchkommt“ und der Lebensstandard steigt, dann wird auch der vielfach noch zu beobachtende Widerstand gegen neue Produktionsverfahren der Vergangenheit angehören. Dann wird es nicht mehr vorkommen, daß Londoner Hafentarbeiter die neu eingeführten arbeitssparenden Löschanlagen für Zucker erst dann bedienen, nachdem ihnen neben gleicher Entlohnung auch die „Beschäftigung“ einer gleichen Anzahl von Arbeitern bei diesem Löschen zugesichert worden war. (Mit dem Ergebnis, daß weder die Arbeiter noch die Zuckerwirtschaft einen Vorteil von den modernen Löschanlagen hatten.)

Neue Produktionsverfahren dürfen der Arbeiterschaft nicht einseitig aufgezwungen werden. Sie müssen, wie die amerikanischen Erfahrungen zeigen, in engster Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften entwickelt werden.

Dr. W. P.

M I T T E I L U N G E N D E R R E D A K T I O N

Eine dringende Bitte vorweg! Immer wieder erreichen den Bund-Verlag Bestellungen auf komplette Jahrgänge der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ für 1950, die nicht mehr erledigt werden können, weil die Hefte vergriffen sind. Das gilt auch für die Hefte 1 bis 5 des Jahrganges 1951. Wir freuen uns der stetig wachsenden Verbreitung unserer Zeitschrift, die auch in diesen Tatsachen sichtbar wird. Zunächst aber einmal bittet der Verlag die Bezieher der Zeitschrift, ihm eventuell überzählige Exemplare aus dem Jahre 1950 und dem ersten Halbjahr 1951 zum *Rückkauf anzubieten*. Der Verlag ist bereit, gegen solche zurückgelieferten Hefte Bücher aus seiner umfangreichen Verlagsproduktion zur Verfügung zu stellen, wobei für jedes Heft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ 1,25 DM gutgeschrieben wird. Benennen Sie bitte auch gleich das Buch, das Sie für die von Ihnen gelieferten Hefte zu erwerben wünschen.

Den Aufsatz des amerikanischen Senators (Minnesota) *Hubert H. Humphrey* über das vielumstrittene Taft-Hartley-Gesetz verdanken wir der Vermittlung unseres heute als Professor of Government an der Columbia-Universität in New York tätigen Freundes Dr. Franz L. Neumann, der manchem unserer Leser noch aus seiner Tätigkeit beim Deutschen Bauwerksbund vor 1933 bekannt sein wird. Unsere Leser werden dem demokratischen Senator für diese außerordentliche instruktive Darstellung Dank wissen. Wir hoffen, in einem der nächsten Hefte auch noch eine mehr wissenschaftliche Analyse des amerikanischen Gewerkschaftsgesetzes aus der Feder von Professor Ernest Dale veröffentlichen zu können.

Das vorliegende Septemberheft wird durch einen Aufsatz von *Theo Pirker* über die veränderte Stellung des Betriebes in der modernen Arbeiterbewegung eingeleitet. Theo Pirker, der zur Zeit eine betriebssoziologische Untersuchung im Hüttenwerk Hörde, Dortmund, durchführt, ist unseren Lesern bereits durch den Aufsatz „Um die Führung der Nation“ bekanntgeworden, den wir im Juniheft brachten. Dieser Aufsatz hat in der Öffentlichkeit eine starke Resonanz gefunden, wenn auch die Art und Weise, in der sich „Der Volkswirt“ und „Der Arbeitgeber“ mit diesem Aufsatz befaßten, nicht gerade fair war.

Der Aufsatz von *Walter Theimer* (geb. 1903 in Prag) zeichnet gewissermaßen den historischen und theoretischen Hintergrund für die aktuellen Probleme, die der Aufsatz von Pirker aufwirft. Mit Nachdruck verweisen wir auf das in der Sammlung Dalp, Verlag A. Francke, Bern 1950, erschienene Buch von Walter Theimer „Der Marxismus, Lehre — Wirkung — Kritik“. Es handelt sich hier seit vielen Jahren um das erste Buch, das eine gemeinverständliche Darstellung des Gedankengebäudes des Marxismus mit einer gründlichen Kritik seiner Lehren im Lichte der modernen Psychologie, Soziologie und Naturwissenschaft verbindet. Diese Kritik setzt sich die Aufgabe, die freiheitliche Arbeiterbewegung aus den Fesseln einer veralteten Dogmatik zu befreien und ihr die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft zu erschließen. Walter Theimer ist bei uns bisher vor allem durch sein „Lexikon der Politik“ (Verlag Auerdruck, Hamburg) bekanntgeworden, das einerseits ein aktuelles Nachschlagewerk über die politischen Auswirkungen des Krieges darstellt, andererseits aber auch als politikwissenschaftliches Handbuch ausgezeichnete Dienste leistet.

Max Cohen-Reuss wird manchem unserer Leser aus seiner Tätigkeit im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vor 1933 und seiner Mitarbeit an den „Sozialistischen Monatsheften“ bekannt sein. Er lebt seit vielen Jahren in Frankreich. In dem Aufsatz von Cohen-Reuss ist die kontinental-europäische Konzeption lebendig, die Joseph Bloch als Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“ viele Jahre hindurch hartnäckig vertreten hat. („Wir haben ihn in Prag begraben —“ schrieb uns neulich Friedrich Stampfer — „es war das armseligste Emigrantenbegräbnis, das ich je erlebt habe.“) Wir dürfen in diesem Zusammenhang auf den Aufsatz über den Schumanplan hinweisen, den ein anderer Mitarbeiter Joseph Blochs, *Felix Stössinger* (Zürich), in Heft 39, 1951, des „Merkur“, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, veröffentlicht hat.

Dr. Reinhold Nimptsch, der Verfasser des Aufsatzes über „Flüchtlingsumsiedlung und Wohnungsbedarf“ ist durch seine maßgebliche Mitarbeit an der Verwirklichung des Sonderprogramms zum Bau von 10 000 Flüchtlingswohnungen in Schleswig-Holstein bekannt geworden, über das er in dem Buch „Produktive Flüchtlingshilfe der Gewerkschaften“ (Bund-Verlag, 1950) berichtet hat. Er ist Vorstandsmitglied der Zentralgemeinschaft für produktive Flüchtlingshilfe und Vizepräsident der europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen. Er leitet das Sozialwissenschaftliche Institut der Zentralgemeinschaft in Köln.